

Hohe Steuereinnahmen lassen die Basler Verwaltung wachsen

Auswertung von Avenir Suisse Die liberale Denkfabrik verglich das Verwaltungswachstum in Schweizer Städten.

Die Verwaltung wächst – ein Trend, den man seit längerem beobachten kann. Besonders wird das in den Städten sichtbar. Entsprechend sind die Forderungen aus dem bürgerlichen Lager seit Jahren: Das Verwaltungswachstum soll gebremst werden. Jüngstes Beispiel ist eine Initiative in Basel mit der Forderung, dass die Vollzeitstellen in der kantonalen Verwaltung nur noch proportional zur Bevölkerung zunehmen sollen.

Neue Zahlen, die Avenir Suisse in einem Blogbeitrag aufbereitet hat, wiederholen die Kritik. Die Autoren verglichen die Zahl der Vollzeitstellen in der Verwaltung in den zehn grössten Schweizer Städten zwischen 2011 und 2022. Fazit: «Die Verwaltung wächst überproportional» – also stärker als die Bevölkerung. Diese nahm in den zehn grössten Schweizer Städten um knapp zehn Prozent zu, die Verwaltung hingegen im Schnitt um 13,3 Prozent. Die Autoren stützen sich auf Zahlen des Bundesamts für Statistik.

Basel: Plus 24 Prozent

Avenir Suisse nennt insbesondere zwei Gründe für starkes Verwaltungswachstum: hohe Steuereinnahmen sowie dass die Städte eher links ticken – «was die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen und damit auch den Personalbedarf erhöht». Das gilt für Basel und Zürich. In anderen Städten mit linker Mehrheit,

etwa Winterthur, sank die Quote, auch wegen klammer Finanzen.

Basel steht im Ranking in der Mitte. In Basel kamen 2022 auf 1000 Einwohner 24 Vollzeitstellen. Das ist weniger als beim Spitzenreiter Zürich, wo es rund 28 Vollzeitstellen pro 1000 Einwohner sind. Das «Schlusslicht» bildet Luzern mit 16 Stellen.

Allerdings ist die Quote in Basel mit «Abstand am stärksten» gestiegen, schreiben die Autoren. Im Vergleich zur Bevölkerungszahl ist die Verwaltung viermal so stark gewachsen, nämlich um 24 Prozent. Dies sei Ausdruck des Basler «Pharmabooms», dank dem die Steuereinnahmen spru-

delten, urteilt Avenir Suisse. Ähnlich wie in Basel sieht es in Bern aus, dessen Bevölkerung um acht Prozent zunahm, die Verwaltung um 20 Prozent. Auf die Ursachen gehen die Autoren nicht näher ein.

Methodisch gewagt

Die liberale Denkfabrik sieht die Entwicklung skeptisch: Ein «zu stark wachsender öffentlicher Sektor» entziehe der Privatwirtschaft qualifiziertes Personal – es wird ein «Braindrain» befürchtet. Das überproportionale Wachstum könne Hinweis «auf mangelnde Effizienz in der Aufgabenerfüllung» sein.

Der Vergleich zwischen den Städten funktioniert methodisch nicht reibungslos. Allein die Verwaltungsangestellten proportional zur Bevölkerungszahl zu vergleichen, wäre unzureichend. Ebenfalls ausschlaggebend ist der «Dezentralisierungsgrad» – also wie viele Aufgaben die Kantone den Gemeinden überlassen.

Im Kanton Zürich müssen die Gemeinden mehr Aufgaben übernehmen als in anderen Kantonen. Die relativ hohen Quoten in Zürich und Winterthur (28 respektive 25 Vollzeitstellen pro 1000 Einwohner) seien auch darauf zurückzuführen, so die Studie. Der geringe Wert in Genf (17 Vollzeitstellen) erklärt sich «in erster Linie» dadurch, dass der Kanton mehr Kompetenzen einnimmt.

In Basel greifen die Autoren zur «Trickkiste», wie sie einräumen. Im Stadtstaat gibt es zwischen Kanton und Stadt keine Verwaltungstrennung. Um einen «sinnvollen Vergleich» mit anderen Städten herstellen zu können, muss eine künstliche Trennung her. Diese wird über die Steuerfüsse hergestellt. Basel-Stadt hat einen Steuerfuss von 100 Punkten. Riehen und Bettingen geben 50 Punkte an den Kanton ab. Daraus schliessen die Autoren, dass das Verhältnis von Stadt und Kanton bei 50 zu 50 liege. Die Hälfte der Kantonsangestellten wurde der Stadt zugeschrieben. Da diese auch kan-

tonale Aufgaben übernehmen, wurden die städtischen Beamten nicht anhand der tatsächlichen Bevölkerungszahl Basels berechnet (176'000), sondern anhand der Einwohnerzahl des Kantons – 205'000. So wurde die Zahl von 24 Vollzeitstellen ermittelt.

Mehr Stellen, viele Gründe

Wie die BaZ recherchierte, gibt es verschiedenste Erklärungen für das Verwaltungswachstum, zumindest in Basel. Häufig basiert es auf politischen Entscheidungen, die längst nicht nur von linker Seite getragen wurden. Am stärksten stieg zwischen 2011 und 2021 die Zahl der Angestellten im Erziehungsdepartement.

Das hat mit höheren Schülerzahlen zu tun, die mehr Lehrpersonal erfordern. Aber auch mit der integrativen Schule und dem Ausbau von Tagesstrukturen, welche mehr Ressourcen benötigen.

Im Präsidialdepartement, das an zweiter Stelle kommt, ist die Zunahme grösstenteils auf Personalaufstockungen in den Museen zurückzuführen – etwa durch die Erweiterung des Kunstmuseums 2016. Und auf Platz drei, im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltschutzdepartement, stiegen die Angestelltenzahlen unter anderem wegen mehr Sozialhilfeberechtigten und einer Anpassung des Erwachsenenschutzrechts.

Nic Engel

Vollzeitäquivalente pro 1000 Einwohner

Stadt	Einwohner (in 1000)	VZÄ / 1000 EW
Bern	144	20
Basel	205	24
Biel	57	21
Genf	205	17
Lausanne	149	24
Lugano	68	21
Luzern	83	16
St. Gallen	82	25
Winterthur	120	25
Zürich	443	28

Grafik: oh / Quelle: BFS, Avenir Suisse